

DER SPIEGEL 34/2009 vom 17.08.2009, Seite 38

Autor: Andreas Ulrich

KRIMINALITÄT

Sklaven am Wok

Ausgebeutet, rechtlos und miserabel bezahlt schufteten viele chinesische Köche in deutschen Asia-Restaurants. Sie sind meist Opfer systematischen Menschenhandels.

Eines Tages wollte Aijun G. sich krankmelden. "Du kannst Pause machen, wenn du Krebs hast", schrie der Boss. "Was kann mir schon passieren, selbst wenn ich dich totschiere?", so erzählt es Aijun G. Dann sei der Chef mit dem Stuhl auf ihn losgegangen, habe mit einem abgebrochenen Flaschenhals gedroht und gebrüllt: "Wenn du zur Polizei gehst, steche ich dich ab."

Das war der vorläufige Höhepunkt seines Arbeitslebens in Deutschland. Ansonsten musste Aijun G. in dem Asia-Restaurant in Speyer bis zu zwölf Stunden am Tag kochen, Geschirr spülen, die Böden wischen und die Abzugshauben putzen; für maximal 900 Euro im Monat und damit deutlich weniger, als ihm bei der Anwerbung in China versprochen worden war.

Spätestens nach der misslungenen Krankmeldung war Aijun G. klar, dass sein Traum, als wohlhabender Mann aus Deutschland in die Heimat zurückzukehren, wohl immer ein Traum bleiben würde. Der Koch erstattete Anzeige und klagte den entgangenen Lohn ein. Das zuständige Amtsgericht stellte das Strafverfahren wegen Körperverletzung vor kurzem gegen Zahlung einer Geldbuße ein, der Arbeitsgerichtsprozess dauert noch an.

Ob Aijun G. jemals entschädigt wird, ist damit offen. Doch zumindest für die deutschen Strafverfolgungsbehörden ist die Anzeige des geknechteten Kochs aus der Pfalz von besonderem Wert. Denn bislang ging die Polizei nur Hinweisen über ein weitverzweigtes System von Schutzgelderpressungen in deutschen China-Restaurants nach. Inzwischen aber haben die Ermittler ein ganz anderes kriminelles Milieu im Visier: eine Art Sklavenhandel des 21. Jahrhunderts.

Hunderte Chinesen werden in den Westen gelockt und hier teilweise brutal ausgebeutet. Es ist organisierter Menschenhandel mit hohem Gewinn bei geringem Risiko. Das Geld verdienen Schleuserorganisationen, die als Vermittlungsagenturen getarnt sind. Die Restaurantbetreiber profitieren von den niedrigen Löhnen.

Opfer sind Männer wie Zhao Zhen\*, 36, aus der Provinz Jiangsu im Osten Chinas.

Mit seiner Frau, den beiden Kindern, den Eltern und Schwiegereltern lebte er in

einem einfachen Lehmhaus mit einem Boden aus gestampfter Erde. Auf dem Grundstück hielt er Hühner und baute Gemüse an. Denn die 100 Euro, die Zhao in China als Koch verdiente, reichten nicht, um alle zu ernähren.

Bei einer Arbeitsvermittlung sagte man ihm, er könne auch in Deutschland kochen und dort das Zehnfache verdienen. Ein sparsamer Mann wie Zhao hätte so innerhalb von vier Jahren bis zu 25 000 Euro zurücklegen können - für ihn ein Vermögen. Die Aussicht, den Kindern eine Ausbildung finanzieren und der Familie ein größeres Haus kaufen zu können, war so verlockend, dass er zusagte.

Doch erst einmal sollte er selbst zahlen: umgerechnet 10 000 Euro für Vermittlungsprovisionen, Papierkram und die Reise. Er ließ sich das Geld bei der Bank, bei Verwandten und Bekannten. Dann unterschrieb er zwei Verträge, einen auf Chinesisch und einen auf Deutsch. Den deutschen konnte er zwar nicht lesen, doch der sei ohnehin nur eine Formalie für die Einreise, beteuerte der Vermittler. Zhao beantragte einen Reisepass.

Acht Paar Arbeitsschuhe nahm er mit, 15 Hemden und mehrere Hosen. Europa - das wusste er -

ist teuer. Mit dem Bus fuhr er erst nach Nanjing und dann weiter nach Peking, wo er zum ersten Mal in seinem Leben in ein Flugzeug stieg. Sein neuer Chef erwartete ihn in Berlin am Flughafen. Er nahm ihm gleich den Pass ab. Sie sprachen nicht viel.

In der Küche des Restaurants zeigte ihm der Chef, wie man kocht, dass es auch Deutsche mögen. Und das ging so: "Die Qualität war schlechter als zu Hause, der Geschmack nicht so fein." Aus dem Gemüse, das die Gäste zurückließen, wurde Pekingsuppe gekocht, das übriggebliebene Fleisch musste gewaschen und am nächsten Tag wieder serviert werden. "Ich hätte das nicht gegessen", sagt Zhao.

Doch das durfte er ohnehin nicht. Für ihn gab es Reis, Nudeln und Chinakohl, dafür arbeitete er sieben Tage die Woche von 10 bis 23 Uhr und schlief auf einer Matratze in der Wäschekammer. Am Ende des ersten Monats gab ihm der Chef 300 Euro. "Den Rest hat er einbehalten, angeblich als Sicherheit, damit ich nicht weglaufe", berichtet Zhao. Als sich der Koch bei seiner Agentur beschwerte, hieß es nur: "Wenn du nicht arbeitest, schicken wir dich zurück nach China."

Etwa 10 000 asiatische Restaurants gibt es in Deutschland. Der Bedarf an billigen Köchen ist entsprechend groß. Bis zu 4000 Chinesen brutzeln in deutschen Asia-Küchen. Jedes Jahr wird zwischen 700 und 800 chinesischen Köchen eine Arbeitserlaubnis erteilt, zustimmen muss die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit.

Um die kulturelle Vielfalt im Land zu fördern, gibt es eine deutsch-chinesische Vereinbarung, wonach ausgewiesene Spezialitätenköche bis zu vier Jahre in Deutschland arbeiten dürfen. Dafür müssen sie etwas können, was die Köche hierzulande nicht beherrschen.

Die ZAV prüft, ob die strengen Anforderungen erfüllt sind. Die Köche müssen Zeugnisse vorlegen und deutsche oder englische Sprachkenntnisse nachweisen. Die Kosten für An- und Abreise hat der Arbeitgeber zu zahlen, Arbeitszeit, Bezahlung und Urlaubsanspruch müssen dem jeweiligen Tarif entsprechen.

Zwar wacht in China die staatliche China International Contractors Association über die etwa zwei Dutzend Bildungsträger, die Spezialitätenköche nach Deutschland vermitteln. Doch deutsche Behörden haben zunehmend Zweifel an der Redlichkeit der chinesischen Institutionen.

So schloss das Auswärtige Amt im vergangenen Jahr vorübergehend zahlreiche chinesische Bildungsträger vom Visa-Verfahren aus, weil offenkundig Zeugnisse gefälscht worden waren. Mittlerweile weiß man auch bei der ZAV, dass der schöne Schein der Papiere nicht immer mit der Wirklichkeit am Wok übereinstimmt. "Wir gehen Hinweisen auf Missbrauch nach", sagt Beate Raabe von der ZAV.

Der Missbrauch beginnt schon damit, dass die Köche oft weit höhere Vermittlungsprovisionen zahlen, als zwischen den Ländern vereinbart wurden. Zudem müssen sie die Reisekosten doch selbst übernehmen, und ein geheimer Zusatzvertrag macht sie faktisch rechtlos.

Der Koch, heißt es in einem dieser Verträge, solle "fleißig, hart und beharrlich arbeiten", "nicht an Glücksspielen teilnehmen" und "auf den Rat" des Chefs hören. Er müsse sich darüber im Klaren sein, dass die Arbeit "in der deutschen Küche gute Körperkraft" voraussetze, außer kochen müsse er auch "Teller spülen, Boden putzen, Dunstabzug reinigen" und vieles mehr. Wer dazu nicht bereit sei, solle den Vertrag gar nicht erst unterschreiben, zudem sei er nicht kündbar.

Der Arbeitgeber ist lediglich verpflichtet, sich um Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu kümmern sowie Versicherung und Lohnsteuer zu zahlen. Von den ersten Löhnen werde ein Pfand von 1500 Euro einbehalten. Der Arbeitgeber bestimme die Arbeitszeit und wann Urlaub zu nehmen sei. Er werde aber den Koch "nicht absichtlich körperlich und seelisch verletzen".

Am Ende verpflichten sich beide Parteien, "auf keinen Fall dritten Personen Einzelheiten über

den Inhalt des Vertrages" bekanntzugeben. Der offizielle Arbeitsvertrag sei "nur für die Beantragung des Visums zu verwenden", er habe "keine bindende Kraft".

Auch Yang Wang\* hat zwei Verträge unterschrieben. Einen für die Behörden und einen, der sie praktisch zur Leibeigenen macht. Etwa 9000 Euro zahlte die Frau aus der Provinz Jiangsu an zwei Agenturen. Dafür bekam sie Kochkurse, die sie in wenigen Tagen von einer einfachen Köchin zur zertifizierten Spezialistin machten.

Sie flog nach Hamburg, wo sie von ihrer neuen Chefin am Flughafen abgeholt wurde. Gleich am darauffolgenden Tag begann die Arbeit. Zwischen 11 und 13 Stunden schuftete sie täglich und bekam dafür am Monatsende 680 Euro in bar, viel weniger, als ihr versprochen worden war.

Bernhard Welke, 47, ist Rechtsanwalt in Genthin in Sachsen-Anhalt. Bislang hat er vor allem mit Verkehrsunfällen, Vertragsrecht und anderen Zivilstreitigkeiten sein Geld verdient. Bis er vor zwei Jahren an einen chinesischen Koch geriet, der ihm sein Leid klagte.

Mittlerweile vertritt Welke mehr als 60 Chinesen, die sich von ihren Chefs und den Vermittlungsagenturen betrogen und ausgebeutet fühlen. Er führt im ganzen Bundesgebiet Arbeitsgerichtsprozesse. Manchmal erübrigen sich die Verfahren, weil die Ausländerbehörden die Köche, die sich wehren, zügig ausweisen. Denn mit dem Job verlieren sie schnell die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis - für die Restaurantbetreiber die bequemste Lösung. Sie haben dann nichts mehr zu befürchten.

Viele Wirte bemühten sich nach Erfahrungen von Welke um gute Behördenkontakte. Sie würden dann mitunter auch bevorzugt behandelt, etwa wenn es darum geht, die Aufenthaltspapiere zu vervollständigen, die erst nach Ankunft der Köche und vor Aufnahme der Arbeit erteilt werden müssen.

Ein China-Restaurant-Betreiber in Rheinland-Pfalz etwa habe sich mit seiner guten Bekanntschaft zu einer Mitarbeiterin der Ausländerbehörde gebrüstet. Mitunter hatte Welke den Eindruck, als kungelten Beamte lieber mit den Restaurantbesitzern, anstatt sich um die Probleme der Köche zu kümmern.

So war es auch bei Aijun G. in Speyer. Es gibt eine tarifliche Ausschlussklausel, die den Arbeitgeber oft ungeschoren davonkommen lässt. Danach verfällt der Anspruch auf Bezahlung von Mehrarbeit, wenn er nicht innerhalb einer bestimmten Frist geltend gemacht wird. Die Beweislast liegt beim Arbeitnehmer.

Die Köche, die Welke vertritt, mussten an mindestens sechs Tagen in der Woche zwischen 65 und 94 Stunden schuften, ihr Lohn betrug meist nicht mehr als 600 Euro bar auf die Hand. Eine Lohnabrechnung sahen sie fast nie. Sie hatten kaum Kontakt zur Außenwelt, selbst das Mobiltelefon lief über den Chef, der damit auch sämtliche Telefonate kontrollieren konnte. Und wer sich dem Regime widersetzte, riskierte, wie in Osnabrück geschehen, den Besuch eines Schlägertrupps.

Fast allen Köchen wurde gleich nach ihrer Ankunft der Pass abgenommen. Nach Welkes Erkenntnissen wurden die Pässe teilweise von anderen Personen dafür benutzt, Spielkasinos zu besuchen oder Gelder nach China zu transferieren. Die Ermittler halten es auch für möglich, dass mit diesen Pässen Chinesen illegal in die EU geschleust werden.

Für die Restaurantbesitzer sind die Kochsklaven ohnehin ein gutes Geschäft. Steht einem Koch für 39 Wochenstunden ein Tarifgehalt von 1900 Euro brutto zu, arbeitet er aber tatsächlich 78 Stunden für 600 Euro, dann spart der Wirt pro Monat 3200 Euro. ANDREAS ULRICH